

## Green Deal – wo bleibt der Tierschutz?

Die Ziele der EU-Kommission für mehr Tier- und Umweltschutz sind ambitioniert, werden aber nur schleppend angegangen

von Thomas Schröder

*Europa solle eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel einnehmen – mit diesem Ziel stellte Ursula von der Leyen, Kommissionspräsidentin der Europäischen Union (EU), 2019 den Green Deal vor. Wichtiger Bestandteil dieses Klimapakets sind unter anderem die Farm-to-Fork-Strategie und eine neue EU-Tierschutzgesetzgebung. Doch einst als »großer Wurf« gefeiert, geriet der Green Deal angesichts von Krisen wie der Covid-19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in den Hintergrund. Beim Tierschutz wurden in den vergangenen Jahren nur wenige Fortschritte erzielt: Obwohl eine umfassende EU-Tierschutzgesetzgebung geplant war, legte die EU-Kommission von vier angekündigten Gesetzesentwürfen nur einen zur Tiertransportverordnung vor – und der ist aus Tierschutzsicht nicht einmal ausreichend. Der folgende Beitrag zeigt die Notwendigkeit auf, konsequenter als bisher Maßnahmen für mehr Tier- und Umweltschutz umzusetzen – auch wenn das politische Klima deutlich rauer geworden ist und einige Landwirt:innen vehement dagegen protestieren. Denn nicht zuletzt fordern auch Millionen EU-Bürger:innen eine Verbesserung des Tierschutzes bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung.*

Es sind hehre Ziele, die sich Ursula von der Leyen, Kommissionspräsidentin der Europäischen Union (EU), zu Beginn ihrer Legislaturperiode 2019 gesetzt hat: Mit dem umfangreichen Klimapaket *Green Deal*<sup>1</sup> solle Europa als erster Kontinent ab 2050 klimaneutral werden. Durch Investitionen von einer Billion Euro bis 2030 und zusätzlichen jährlichen Investitionen werde die EU eine weltweite Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel einnehmen. Neben sauberer Energie sowie einer nachhaltigen Industrie- und Kreislaufwirtschaft stehen auch eine EU-Biodiversitätsstrategie bis 2030 und eine EU-Waldstrategie ebenfalls bis 2030 auf der Agenda – und nicht zuletzt zählt die sog. Farm-to-Fork-Strategie, die sich auf die gesamte Prozesskette von Lebensmitteln fokussiert, zu den wichtigsten Bestandteilen des *Green Deals*.

Diese Strategie sieht nicht nur Maßnahmen für mehr Lebensmittelsicherheit, eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung sowie ein nachhaltiges Konsumverhalten und gesündere Ernährung vor, sondern auch eine aus Tierschutzsicht längst überfällige Novellierung der EU-Tierschutzgesetzgebung. Denn anders als in Deutschland existiert auf EU-Ebene bis heute kein umfassendes Tierschutzgesetz, es gibt ledig-

lich einzelne veraltete Gesetze und Verordnungen, die nur Teilbereiche abdecken und dringend überarbeitet werden müssen – z. B. die Transport- oder die Schlachtverordnung. Die meisten tierschutzrelevanten Themen, wie etwa die Haltung landwirtschaftlich genutzter Tiere, werden auf EU-Ebene bisher nicht gesetzlich geregelt. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass die EU ihren Ursprung als eine Wirtschaftsunion hat und nicht als eine Werteunion, und Gesetze bis heute oftmals auf wirtschaftlicher Basis entstehen.

### Ambitionierte Ankündigungen – wenig Umsetzung

Als von der Leyen ihr Jahrhundertprojekt vorstellte, sprach sie sogar von »Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment«.<sup>2</sup> Es waren zurecht große Worte für ein großes Ziel – schließlich geht es um nicht weniger als die Lebensqualität dieses Planeten – und das für Mensch und Tier. Heute, rund fünf Jahre später, ist von dem *Green Deal* und der weltweiten Vorreiterrolle der EU im Kampf gegen den Klimawandel kaum noch die Rede. Die Covid-19-Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine oder auch das Erstar-

rechter Parteien entwickelten sich zu vorherrschenden Herausforderungen, sodass der Klimawandel und die Missstände im Tierschutz und der Tierhaltung seither weniger Beachtung finden. So wurden nur wenige der im Klimapaket angekündigten Maßnahmen bislang umgesetzt – und wenn, dann auch nur in sehr abgeschwächter Form. Ein Beispiel ist das Naturwiederherstellungsgesetz (NRL), mit dem natürliche Lebensräume wie Moore, Flüsse, Auen und Wälder wiederhergestellt werden sollen, was auch zum Schutz selten gewordener Tierarten wie Feld- und Wiesenvögeln sowie Amphibien beiträgt.<sup>3</sup> Ein weiteres Beispiel ist das Verbrennerverbot, wonach in der EU ab 2035 keine Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden dürfen. Kurz nachdem die EU das Gesetz 2023 verschärft hatte, wurde es auch schon wieder sowohl von der Union und den Liberalen hierzulande als auch von der Europäischen Volkspartei (EVP) infrage gestellt,<sup>4</sup> sodass nun eine Ausnahme für synthetische Kraftstoffe, sog. E-Fuels, gilt.

### **Novellierung der EU-Tierschutzgesetzgebung – erste Schritte**

Tierschützer:innen haben derweil vor allem hohe Erwartungen an die Novellierung der EU-Tierschutzgesetzgebung geknüpft, die bereits mit der Veröffentlichung des *Green Deals* angekündigt wurde und die unter der Führung der 2019 neu zusammengestellten Kommission einen besonderen Stellenwert auf der Agenda einnehmen sollte. Ursprünglich war geplant, dass die EU-Kommission bis September 2023 für die Novellierung insgesamt vier Gesetzesentwürfe vorlegt – zu den Bereichen Tiertransporte, Kennzeichnung von Fleisch und anderen tierischen Produkten, Schlachtung und Haltung landwirtschaftlich genutzter Tiere. Letztendlich legte sie im Dezember 2023 lediglich einen der angekündigten Gesetzesentwürfe vor – den für eine neue EU-Transportverordnung von Tieren.<sup>5</sup> Und dieser ist aus Sicht von Tierschützer:innen nicht einmal ausreichend. Zwar werden viele Aspekte im Sinne der Tiere konkretisiert bzw. neu aufgenommen. Dennoch ist noch immer nicht gewährleistet, dass landwirtschaftlich genutzte Tiere, Heimtiere und sog. aquatische Tiere wie Zierfische bei Transporten angemessen geschützt sind. So lässt es der Entwurf in seiner jetzigen Form weiter zu, dass Tiere beim Transport – insbesondere auf Langstrecken – unvorstellbares Leid ertragen müssen.

Eine Abkehr von Lebendtiertransporten über weite Strecken und in Länder außerhalb Europas ist laut dem Entwurf bislang ebenso wenig vorgesehen wie eine Abkehr von Schiffstransporten – obwohl diese besonders qualvoll sind und eine angemessene Versorgung und Betreuung der Tiere auf See nicht möglich

ist. Positiv zu bewerten ist lediglich, dass der Entwurf Tieren auf Transporten mehr Platz zugesteht, Transportzeiten in Lkw zeitlich begrenzt und das Mindestalter für Kälber beim Transport von 14 Tagen auf fünf Wochen angehoben werden soll.

Anstoß für diesen Transport-Gesetzesentwurf gaben neben der Empfehlung des Europäischen Gerichtshofs und den Auswirkungen der verschiedenen nationalen Gesetzgebungen auf das Sanktionswesen auch der Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport, kurz ANIT, den das Europaparlament im Juni 2020 ins Leben gerufen hat. Nach 18-monatiger Arbeit stellte der Ausschuss unter anderem fest, dass »EU-Bestimmungen in diesem Bereich in den Mitgliedstaaten nicht immer eingehalten werden und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Tiere nicht vollständig Rechnung tragen. Zu den offensichtlichsten Verstößen gehören mangelnde Stehhöhe, Wasser- oder Nahrungsversorgung, der Transport nicht transportfähiger Tiere, und Überfüllung. Es werden Fahrzeuge verwendet, die für den Transport von Tieren ungeeignet sind, und die Transporte finden manchmal bei extremen Temperaturen und über lange Transportzeiten statt. [...] Sie [die Abgeordneten des Ausschusses] fordern die Kommission und die EU-Länder auf, ihre Bemühungen zur Einhaltung des Tierschutzes beim Transport zu verstärken, die EU-Vorschriften zu aktualisieren und einen EU-Kommissar zu ernennen, der für den Tierschutz zuständig ist.«<sup>6</sup> Ebenso forderten die Abgeordneten des Ausschusses die EU-Länder auf, Fleisch anstelle von lebenden Tieren zu befördern.<sup>7</sup> Die EU-Kommission ist nun also am Zuge, die erhobenen Ansprüche in die Tat umzusetzen und sowohl im Sinne der EU-Bevölkerung als auch des Europaparlaments zu agieren.

Zusätzlich zum Tiertransport-Gesetzesentwurf legte die EU-Kommission auch einen vorher unangekündigten Entwurf zur Zucht und Haltung von Katzen und Hunden vor. Doch die anderen drei Proposals, wie es auf Englisch heißt, stehen bislang noch aus (Stand: Ende November 2024), auch wenn die Kommission gegenüber der Öffentlichkeit wiederholt bekräftigt hat, dass diese noch folgen sollen. Als Begründung für die Verzögerung wurde von der EU-Kommission eine nicht ausreichende Datenlage genannt sowie die verschiedenen befürchteten Kostensteigerungen, die für die Endverbraucher:innen anfielen.<sup>8</sup> Welche Daten konkret fehlen, hat die EU-Kommission jedoch nicht mitgeteilt. Insbesondere bei der Kennzeichnung von Fleisch ist nicht auf Anheb ersichtlich, weshalb der Gesetzesentwurf noch auf sich warten lässt – es sei denn, der Entwurf soll über reines Labelling hinausgehen und zugleich die Haltungsbedingungen für die Tiere in der Landwirtschaft verbessern, ähnlich wie es hier-

zulande das staatliche Tierwohlkennzeichen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in Ansätzen vorsieht. Es ist daher möglich, dass dieser Entwurf erst erscheint, wenn auch der zur Haltung landwirtschaftlich genutzter Tiere fertiggestellt wurde. Sollte sich die Veröffentlichung von Letzterem jedoch weiter verzögern, hätte dies weitreichende Folgen für die Tiere – schließlich würde auch ihr Leid verlängert.

### EU-Kommission in der Pflicht

Dabei steht die EU-Kommission in der Pflicht zu handeln – nicht zuletzt wegen der Europäischen Bürger:innen-Initiative (EBI) »End the Cage Age«,<sup>9</sup> die etwa 1,4 Millionen Europäer:innen unterzeichneten, um sich für ein Ende der Käfighaltung in Europa einzusetzen. Erreicht eine solche Initiative die erforderliche Anzahl von einer Million Unterschriften, muss sich die EU-Kommission mit dem Thema befassen. Doch obwohl diese selbst die Empfehlung ausgesprochen hatte, dass die Haltung in ganz Europa einheitlich geregelt und die Käfighaltung von Tieren in der Landwirtschaft beendet werden müsse, steht der Legislativvorschlag für ein EU-weites Verbot der Käfighaltung nach wie vor aus. Die Initiator:innen der Europäischen Initiative reichten daher im März 2024 eine Klage gegen die EU-Kommission ein.<sup>10</sup>

Die EU-Kommission versicherte bereits mehrfach, dass die restlichen angekündigten Gesetzesentwürfe fast fertiggestellt seien und sie diese auch wegen der bereits entstandenen Arbeit abschließen werde – so steht es auch in dem *mission letter* des im September 2024 neu vorgestellten Kommissars für Gesundheit und Tierschutz, Olivér Várhelyi.<sup>11</sup> Dass sie an dem *Green Deal* generell festhalten möchte, hat von der Leyen ebenfalls bestätigt.<sup>12</sup> In welchem Maße das der Fall sein wird und welche konkreten Vorkehrungen bzw. Gesetzesentwürfe das letztendlich betrifft, muss sich noch zeigen. Klar ist: Die Transformation hin zu einem nachhaltigeren und tierfreundlicheren Landwirtschafts- und Ernährungssystem muss zügig vorangehen. Die noch ausstehenden Entwürfe sind dafür ein essenzieller Bestandteil und dürfen keinesfalls angesichts der schwindenden Akzeptanz des *Green Deals* als Ganzem zum Opfer fallen.

### Folgenreiche Proteste

Nicht nur in Deutschland greift vehementer Widerstand gegen eine klima- und tierfreundlichere Politik um sich, sondern auch in ganz Europa. Immer wieder sprechen die konservativen, liberalen und rechten Parteien von einer »Verbotspolitik« – eine Rhetorik, die sowohl politische als auch gesellschaftliche Folgen hat und sich zudem auf die Europawahl im Juni 2024

auswirkte. Zugespitzt hatte sich die Situation bereits Anfang 2024, als Landwirt:innen aus Deutschland, Spanien, Frankreich, Polen, Italien und anderen EU-Mitgliedstaaten in Brüssel mit ihren Traktoren gegen EU-Auflagen protestierten und es mitunter sogar zu gewalttätigen Szenen kam. Als Auslöser hierfür können die Proteste deutscher Landwirtschaftsverbände verstanden werden, die bereits im Dezember 2023 als Reaktion auf die angekündigten Sparmaßnahmen der Bundesregierung stattfanden und in Teilen zu radikalen und demokratiefeindlichen Protesten in ganz Europa führten. Die Landwirt:innen wehrten sich unter anderem gegen die weitreichenden EU-Auflagen für mehr Umwelt- und Tierschutz, die mit dem *Green Deal* und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU verbunden sind. In diesem Bereich sehen sich viele benachteiligt und fordern neben der Rücknahme der Umweltauflagen auch, dass die EU-Kommission für einen Abbau des vermeintlich zu umfangreichen bürokratischen Aufwandes sorgt.<sup>13</sup> Generell müssen landwirtschaftliche Betriebe die GAP-Auflagen einhalten, damit sie von den jährlichen EU-Agrarsubventionen in Milliardenhöhe profitieren, die etwa ein Drittel des gesamten EU-Haushaltes ausmachen.

Die Politik reagierte, indem sie bereits kurz darauf wichtige ökologische Errungenschaften zurückdrehte und Zugeständnisse an die Landwirt:innen machte – so kippte die EU-Kommission beispielsweise ihr Vorhaben, vier Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen brachliegenzulassen.<sup>14</sup> Dies war eigentlich ebenfalls eine Vorgabe der GAP und sollte dazu beitragen, gegen das Artensterben anzukämpfen. Die Art und Weise des Vorgehens der EU-Kommission und des EU-Parlaments, die im Alleingang und ohne eine Mehrheit der EU-Staaten verschiedene Umweltauflagen lockerten,<sup>15</sup> und auch die schnelle Bereitschaft, Rückschritte in Kauf zu nehmen, wurden vielfach kritisiert – z. B. von Umweltorganisationen, die im Juli 2024 bei der EU-Ombudsstelle Beschwerde einreichten.<sup>16</sup>

Nicht nur bei den Umweltstandards herrscht Nachbesserungsbedarf – das Gleiche gilt für den Tierschutz. Zwar sind in der derzeitigen GAP erstmals punktuelle Verbesserungen im Tierschutz enthalten, allerdings spielen diese nur eine untergeordnete Rolle. Es wird z. B. weder ein Abbau der Tierhaltung in der Landwirtschaft gefördert noch der Umbau von Ställen in tierschutzkonformere Haltungsformen, wie am Beispiel der Käfighaltung zu sehen ist. So fehlen zukunftsfähige, nachhaltige Visionen, die finanzierbar sind und zugleich von landwirtschaftlichen Betrieben angenommen werden – eine Agrarwende sieht anders aus.

Anstatt also essenzielle Maßnahmen für mehr Tier- und Umweltschutz konsequent und mutig voranzutreiben, scheint das Bewusstsein um gemeinschaftliche Herausforderungen auf politischer Ebene zu

schwinden. Dabei müssten die gemeinsam über Jahrzehnte ignorierten Probleme deutlich schneller in Angriff genommen werden – auch wenn dies für alle mit Herausforderungen verbunden ist. Wenn jedoch Politik und Landwirtschaft nicht bald handeln, sind die Konsequenzen für uns, zukünftige Generationen und für die Tiere und die Umwelt noch viel verheerender.

### EU-Bürger:innen fordern mehr Tierschutz

Dabei ist nicht zu vergessen, dass der Tierschutz für Millionen EU-Bürger:innen trotz all der anderen bestehenden Krisen einen hohen Stellenwert einnimmt. Das belegen nicht nur Europäische Bürger:innen-Initiativen wie »End the Cage Age« oder auch »Fur Free Europe«<sup>17</sup> für ein pelzfreies Europa sowie »Save Cruelty Free Cosmetics«<sup>18</sup> für ein Europa ohne Tierversuche, die ebenfalls jeweils mehr als eine Million Unterschriften sammeln konnten. Ein deutliches Zeichen sind auch die im Oktober 2023 veröffentlichten repräsentativen Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage,<sup>19</sup> für die im Auftrag der EU-Kommission insgesamt 26.376 Bürger:innen aller Mitgliedstaaten befragt wurden. Demnach wünschen sich 84 Prozent der Menschen einen besseren Schutz für die Tiere in der Landwirtschaft. Dasselbe fordern 74 Prozent auch für Heimtiere. 83 Prozent sind zudem der Ansicht, dass die Transportzeiten von Tieren reduziert werden sollten, und ganze 90 Prozent der Befragten geben an, dass Landwirtschaft und Zuchtpraktiken grundlegende ethische Anforderungen erfüllen müssen. Die Zahlen sind ein unmissverständliches Signal: Die Europäer:innen möchten die Missstände im Umgang mit Tieren nicht länger hinnehmen – Europa braucht mehr Tierschutz.

### Wegweisend: »Strategischer Dialog«

Eine gemeinsame Perspektive für Ernährung und Landwirtschaft soll nun auch der sog. Strategische Dialog<sup>20</sup> zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU bieten. Von der Leyen und die EU-Kommission hatten diesen Bericht im September 2023 in Auftrag gegeben. Unter dem Vorsitz von Prof. Peter Strohschneider, der auch schon Vorsitzender der Zukunfts-kommission Landwirtschaft (ZKL) war, diskutierten 29 Stakeholder:innen, darunter Landwirt:innen, Vertreter:innen von Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen, Nichtregierungsorganisationen sowie aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zentrale Fragen und Lösungsansätze rund um ein zukunftsfähiges Agrar- und Ernährungssystem. Für den Bereich Tierschutz war die Eurogroup for Animals als Dachverband der europäischen Tierschutzorganisationen vertreten. Den Abschlussbericht<sup>21</sup> überreichten die Teilnehmer:innen rund ein

Jahr später an von der Leyen. Ihre darin enthaltenen Empfehlungen dienen der EU-Kommission als Grundlage, um eine Vision für die Landwirtschaft und das Ernährungssystem in der EU zu erarbeiten. Das Gremium um Strohschneider erfüllt dabei zwar nur eine beratende Funktion – die EU-Kommission ist somit nicht verpflichtet, dessen Empfehlungen Folge zu leisten. Dass es auf EU-Ebene aber gelungen ist, für diesen Strategischen Dialog Stakeholder:innen an einen Tisch zu bringen, die verschiedenste, mitunter gegensätzliche Interessen vertreten und sich nun auf gemeinsame Empfehlungen geeinigt haben, ist ein wichtiges Signal.

Aus Tierschutzsicht sind die Ergebnisse des Strategischen Dialogs positiv zu bewerten. Denn das Gremium spricht sich klar für eine Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung bis 2026 aus. Als notwendige Grundlage hierfür verweist der Bericht außerdem auf das Modell »Five Domains«. Demnach sollten Tiere in der Landwirtschaft:

- gesund sein,
- ausreichend Platz und Ressourcen haben, um sich wohlfühlen,
- in der Lage sein, ihre natürlichen Verhaltensweisen auszuleben,
- jederzeit Zugang zu geeignetem Futter und sauberem Wasser haben,

### Folgerungen & Forderungen

- Die EU-Kommission muss ihre Versprechen des *Green Deals* einhalten – dazu zählt auch die Novellierung der EU-Tierschutzgesetzgebung. Dazu müssen unter anderem die noch fehlenden Gesetzesentwürfe zeitnah vorgelegt und der Entwurf für eine neue EU-Transportverordnung nachgebessert werden.
- Die EU-Kommission muss den Willen der EU-Bürger:innen nach mehr Tierschutz ernst nehmen und diesem die nötige Priorisierung einräumen.
- Krisen wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und ein Erstarken rechter Parteien dürfen nicht dazu führen, dass wichtige Maßnahmen für mehr Tierschutz auf der Strecke bleiben.
- Die EU-Kommission sollte den Empfehlungen folgen, die die Teilnehmer:innen des Strategischen Dialogs in ihrem Abschlussbericht erörtert haben und die zu einer tierfreundlicheren, zukunftsfähigen Landwirtschaft beitragen sollen.
- Der neue EU-Tierschutzkommissar muss mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden, um die in seinem *mission letter* formulierten Ziele im Sinne des europaweiten Tierschutzes umzusetzen.

- in einer Umgebung leben, die ihnen Abwechslung und Beschäftigung bietet sowie Kontakt zu Artgenossen ermöglicht, damit sie auch kognitiv ausgelastet sind.

Zudem bekräftigt das Gremium in dem Bericht, wie wichtig ein Verbot der Käfighaltung ist, und fordert einen neuen Rechtsrahmen für ein verpflichtendes EU-weites Tierschutzkennzeichnungssystem, das für alle verarbeiteten Fleisch- und Milchprodukte gilt, und finanzielle Unterstützung für Landwirt:innen, die ihre Betriebe auf höhere Tierschutzstandards umstellen. Um dies zu finanzieren, schlägt das Gremium einen *Just Transition* Fund vor, der zwar nicht über die GAP läuft, aber auch über öffentliche Gelder finanziert werden soll. Darüber hinaus sind in dem Bericht die Empfehlungen aufgeführt, pflanzenbasierte Ernährung zu fördern, um den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren. Ebenso müssten laut dem Bericht auch importierte tierische Produkte die Kriterien der Welthandelsorganisation (WTO) und somit höhere Tierschutzstandards erfüllen.

Durch fundierte Handlungs- und Finanzierungsansätze zeigt der Bericht also, wie ein zukunftsfähiges Agrar- und Ernährungssystem aussehen kann und welche Lösungen dazu beitragen. So ist es nun an der EU-Kommission, diese konkreten Schritte auch zügig umzusetzen und die Transformation der Landwirtschaft ambitioniert voranzutreiben – und so die großen Ziele des *Green Deals* doch noch zu realisieren.

#### Anmerkungen

- 1 European Commission: The European Green Deal sets out how to make Europe the first climate-neutral continent by 2050, boosting the economy, improving people's health and quality of life, caring for nature, and leaving no one behind. Brussels, 11. Dezember 2019 ([https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_19\\_6691](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_19_6691)).
- 2 European Commission: Press remarks by President von der Leyen on the occasion of the adoption of the European Green Deal Communication. Brussels, 11. Dezember 2019 ([https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech\\_19\\_6749](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_19_6749)).
- 3 European Commission: Degraded ecosystems to be restored across Europe as Nature Restoration Law enters into force. Brussels, 15. August 2024 ([https://environment.ec.europa.eu/news/nature-restoration-law-enters-force-2024-08-15\\_en](https://environment.ec.europa.eu/news/nature-restoration-law-enters-force-2024-08-15_en)).
- 4 Mit Sicherheit Europa: Für ein Europa, das schützt und nützt. Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024. Berlin, 11. März 2024 ([www.europawahl.cdu.de/sites/www.europawahlprogramm.cdu.de/files/docs/europawahlprogramm-cdu-csu-2024\\_0.pdf](http://www.europawahl.cdu.de/sites/www.europawahlprogramm.cdu.de/files/docs/europawahlprogramm-cdu-csu-2024_0.pdf)).
- 5 European Commission: Proposal for a Regulation of the European Parliament and the Council on the protection of animals during transport and related operations, amending Council Regulation (EC) No 1255/97 and repealing Council Regulation (EC) No 1/2005. 7. Dezember 2023 ([https://food.ec.europa.eu/system/files/2023-12/aw\\_in-transit\\_reg-proposal\\_2023-770\\_0.pdf](https://food.ec.europa.eu/system/files/2023-12/aw_in-transit_reg-proposal_2023-770_0.pdf)).
- 6 Europäisches Parlament: Tiere müssen beim Transport besser geschützt werden. Straßburg, 20. Januar 2022 ([www.europa.eu/news/de/press-room/20220114IPR21025/tiere-mussen-beim-transport-besser-geschutzt-werden](http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220114IPR21025/tiere-mussen-beim-transport-besser-geschutzt-werden)).
- 7 Ebd.
- 8 EU considers dropping stricter animal welfare measures. Financial Times, 10. September 2023 ([www.ft.com/content/710bd8e9-19a8-47aa-8c88-cde67308fb49f](http://www.ft.com/content/710bd8e9-19a8-47aa-8c88-cde67308fb49f)).
- 9 European Commission: ECI »End the Cage Age«. Brüssel, o. D. ([https://food.ec.europa.eu/animals/animal-welfare/eci/eci-end-cage-age\\_en#response-of-the-commission](https://food.ec.europa.eu/animals/animal-welfare/eci/eci-end-cage-age_en#response-of-the-commission)).
- 10 Eurogroup for Animals: End the Cage Age: case to be heard in court, Ombudsman complaint closed. Brussels, 31. May 2024 (<https://www.eurogroupforanimals.org/news/end-cage-age-case-beheard-court-ombudsman-complaint-closed#:~:text=The%20court%20case,of%201.4%20million%20EU%20citizens>).
- 11 European Commission: Mission Letter: Ursula von der Leyen, President of the European Commission. Brussels, 17. September 2024 ([https://commission.europa.eu/document/download/b1817a1b-e62e-4949-bbb8-ebf29b54c8bd\\_en?filename=Mission%20letter%20-%20VARHELYI.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/b1817a1b-e62e-4949-bbb8-ebf29b54c8bd_en?filename=Mission%20letter%20-%20VARHELYI.pdf)).
- 12 European Commission: The European Green Deal. Brussels, 24. Oktober 2024. ([https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/story-von-der-leyen-commission/european-green-deal\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/story-von-der-leyen-commission/european-green-deal_en)).
- 13 N. Foote: What the EU farmers survey tells us – and doesn't tell us – about CAP burdens. Agricultural and Rural Convention – ARC2020. Paris, 8. May 2024 ([www.arc2020.eu/what-the-eu-farmers-survey-tells-us-and-doesnt-tell-us-about-cap-burdens/](http://www.arc2020.eu/what-the-eu-farmers-survey-tells-us-and-doesnt-tell-us-about-cap-burdens/)).
- 14 Proteste gegen Agrarpolitik: So sollen Bauern entlastet werden. tagesschau.de, 26. Juni 2024 ([www.tagesschau.de/wirtschaft/faq-bauern-proteste-100.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/faq-bauern-proteste-100.html)).
- 15 Alleingang der Behörde: EU-Kommission lockert Umweltauflage für Bauern. tagesschau.de, 13. Februar 2024 ([www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-kommission-agrarpolitik-100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-kommission-agrarpolitik-100.html)).
- 16 GAP: Beschwerde gegen Abbau von Umweltstandards eingereicht. Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR). Berlin, 25. Juli 2024 ([www.dnr.de/aktuelles-termine/aktuelles/gap-beschwerde-gegen-abbau-von-umweltstandards-eingereicht](http://www.dnr.de/aktuelles-termine/aktuelles/gap-beschwerde-gegen-abbau-von-umweltstandards-eingereicht)).
- 17 European Citizens' Initiative Fur Free Europe ([www.eurogroupforanimals.org/fur-free-europe](http://www.eurogroupforanimals.org/fur-free-europe)).
- 18 European Citizens' Initiative Save Cruelty Free Cosmetics – Commit to a Europe without Animal Testing ([https://citizens-initiative.europa.eu/initiatives/details/2021/000006\\_en](https://citizens-initiative.europa.eu/initiatives/details/2021/000006_en)).
- 19 European Commission: Attitudes of Europeans towards animal welfare. Brussels, Oktober 2023 (<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2996>).
- 20 Europäische Kommission: Wichtigste Initiativen: Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft ([https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-overview/main-initiatives-strategic-dialogue-future-eu-agriculture\\_de#:~:text=Der%20im%20Januar%202024%20eingeleitete,der%20EU%20gestaltet%20werden%20soll](https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-overview/main-initiatives-strategic-dialogue-future-eu-agriculture_de#:~:text=Der%20im%20Januar%202024%20eingeleitete,der%20EU%20gestaltet%20werden%20soll)).
- 21 Strategic Dialogue on the future of EU agriculture: A shared prospect for farming and food in Europe. Brussels, 4. September 2024 ([https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/171329ff-0f50-4fa5-946f-aea11032172e\\_en?filename=strategic-dialogue-report-2024\\_en.pdf](https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/171329ff-0f50-4fa5-946f-aea11032172e_en?filename=strategic-dialogue-report-2024_en.pdf)).



**Thomas Schröder**  
Präsident Deutscher Tierschutzbund e.V.

[www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)